

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

20. Juni 2016

Gekürzte Version aufgrund der aktuellen Personalsituation!

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 14.06.16 eroberten die Taliban den Distrikt Charchino in der zentralafghanischen Provinz Uzurgan. Nach Angaben des afghanischen Verteidigungsministeriums töteten Spezialeinheiten der Armee in den folgenden Tagen mindestens 47 Taliban und verwundeten 41. Im Distrikt Achin in der Provinz Nangarhar wurden bei einem Luftangriff und einer sich anschließenden Bodenoffensive mindestens 23 IS-Angehörige getötet.

Gezielte Übergriffe

Bei einem Selbstmordanschlag auf einen Kleinbus starben am 20.06.16 in Kabul mindestens 14 nepalesische und afghanische Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma, acht wurden verletzt. Zum Anschlag bekannten sich die Taliban.

Irak

Weitgehende Rückeroberung Fallujahs verkündet

Am 17.06.16 verkündete der irakische Ministerpräsident al-Abadi nach einer mehrwöchigen Offensive (vgl. BN v. 13.06.16 und 06.06.16) die weitgehende Rückeroberung Fallujahs durch irakische Truppen. Nächstes Ziel sei die IS-Hochburg Mosul. Ungeachtet dessen gehen die Kämpfe in Fallujah weiter. Allein in den vergangenen drei Tagen sollen nach Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrates bis zu 30.000 Menschen aus der Stadt geflüchtet sein. Die humanitäre Lage in den umliegenden Regionen sei katastrophal. Die Regierung in Bagdad kündigte an, zügig zehn neue Lager zu bauen. Bisher ist aber wenig geschehen. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen gab die Zahl der seit Ende Mai geflohenen Bewohner mit bis zu 84.000 an.

Festnahme hunderter IS-Verdächtiger

Irakische Sicherheitskräfte haben nach eigenen Angaben mehr als 500 mutmaßliche Mitglieder des IS festgenommen, die sich unter die Zivilisten gemischt haben sollen, welche in den vergangenen zwei Wochen aus Fallujah geflüchtet waren. Viele der mutmaßlichen IS-Mitglieder hätten gefälschte Papiere bei sich gehabt.

Syrien

Russische Luftangriffe auf US-Verbündete?

Am 16.06.16 soll Russland in der Nähe von Tanf, unweit der syrisch-irakischen Grenze, Verbündete der USA bombardiert haben. Die Rebellen, Angehörige der „Neuen Syrischen Armee“ (Truppen, die von den USA und ihren Verbündeten in Jordanien ausgebildet wurden), hätten sich mit irakischen Einheiten getroffen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen den IS zu besprechen. Russland erklärte, es sei bei Angriffen schwer zu unterscheiden, ob es sich um moderate Rebellen oder um Kämpfer der Jabhat al-Nusra (JN) handle.

Russland und USA wollen Militäreinsätze besser koordinieren

Das russische Verteidigungsministerium teilte am 19.06.16 nach einer Videokonferenz mit US-Experten mit, dass die beiden Länder ihre Militäreinsätze in Syrien besser koordinieren wollten, um Zwischenfälle und Missverständnisse im syrischen Luftraum zu vermeiden.

Syrische Flüchtlinge an syrisch-türkischer Grenze erschossen?

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte sollen in der Nacht vom 18. auf den 19.06.16 türkische Grenzschützer mindestens acht Flüchtlinge, darunter zwei Frauen und vier Kinder, erschossen haben; andere Quellen berichten über elf Tote. Es seien Personen, die in der Nähe der syrischen Stadt Jisr al-Shugur (Nordwesten) fliehen wollten. Die türkische Armee gab an, es habe einen Versuch gegeben, die Grenze illegal zu überqueren. Man habe lediglich Warnschüsse in Richtung der Gruppe abgegeben, die sich danach in die Wälder zurückgezogen habe. Die Türkei hält die Grenze zu Syrien seit August 2015 de facto geschlossen. Die Türkei nahm seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges mindestens 2,7 Millionen Flüchtlinge auf. Seit Anfang 2016 sollen nach Angaben von Human Rights Watch 60 Syrer erschossen worden sein.

Jemen

Vereinigte Arabische Emirate beenden Kriegseinsatz

Am 16.06.16 erklärten die Emirate ihren Kriegseinsatz in Jemen für beendet. Die Emirate waren der bisher aktivste Partner Saudi-Arabiens, das seine Intervention zur Unterstützung des jemenitischen Präsidenten Hadi im März 2015 begonnen hatte. Die Truppen der Emirate operieren momentan in der östlichen jemenitischen Provinz von Hadramaut und in der Hafenstadt Aden.

Iran

Spionagevorwurf gegen Britin bestätigt

Am 19.06.16 bestätigte der iranische Justizsprecher Hossein Mohseni Edzahi die Spionage- und Umsturz-Vorwürfe gegen Nazani Zaghari-Ratliffe, die Anfang April nach einem Besuch bei ihrer Familie in Kerman festgenommen worden war. Frau Zaghari-Ratliffe, die neben der englischen auch die iranische Staatsangehörigkeit besitzt, arbeitet als Projektmanagerin für die Thomson-Reuters-Stiftung, die weltweit Journalisten ausbildet. Das Projekt soll angeblich darauf abzielen, das iranische Regime zu stürzen. Bei einer Verurteilung wegen Spionage würde ihr die Todesstrafe oder eine langjährige Haftstrafe drohen.

Türkei

LGBT-Demonstration aufgelöst

Am 19.06.16 lösten Sicherheitskräfte in Istanbul eine Kundgebung von einigen Dutzend Teilnehmern für die Rechte von Homosexuellen und Transgendern gewaltsam auf. Die Demonstration war bereits im Vorfeld verboten worden. Sie sollte im Zusammenhang mit der Aktionswoche der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender- (LGBT)-Bewegung in der Türkei stattfinden. Im Laufe der Woche ist noch eine Reihe weiterer Veranstaltungen geplant. Die Behörden berufen sich für ihre Untersagung auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Das Demonstrationsverbot der Stadtverwaltung zielt vor allem auf die Abschluss-Parade der Istanbuler „Pride Week“ am kommenden Sonntag. Diese findet seit über zehn Jahren statt und war 2015 wegen des Fastenmonats Ramadan erstmals verboten und durch die Polizei unterbunden worden.

Eritrea

UN-Untersuchungskommission prangert Menschenrechtsverbrechen an

Einer UN-Untersuchung zufolge sollen in Eritrea in den vergangenen 25 Jahren systematisch Menschenrechtsverbrechen begangen worden sein. Unabhängige UN-Ermittler hätten umfangreiche Beweise dafür

gefunden, dass Menschen willkürlich festgenommen, inhaftiert, gefoltert, versklavt und getötet würden, heißt es in dem UN-Bericht. Dieser kommt zum Schluss, „dass Eritrea ohne umfassende rechtliche und institutionelle Reformen nicht in der Lage ist, seiner Rechenschaftspflicht für diese Verbrechen und Verletzungen nachzukommen“. Er „empfiehlt daher, dass der Sicherheitsrat die Lage in Eritrea dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zur Prüfung vorlegt.“

Die Kommission fordert zudem die Afrikanische Union (AU) auf, Ermittlungen einzuleiten und die Verantwortlichen um Präsident Isaias Afwerki strafrechtlich zu verfolgen.

Bereits im Juni 2015 hatte die Untersuchungskommission in einem umfangreichen Bericht (vgl. BN v. 15.06.15) der Regierung vorgeworfen, die Menschenrechte systematisch zu verletzen. Von eritreischer Seite wurde der Kommission Einseitigkeit vorgeworfen, da der Report ausschließlich auf Aussagen von hunderten Asylantragstellern im Ausland beruhe. Wie schon für den ersten Bericht verweigerte Eritrea auch diesmal der Kommission die Einreise.

Die aktuelle Veröffentlichung erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem die EU Gespräche mit Eritrea über eine Zusammenarbeit zur Eindämmung der illegalen Migration führt. Schätzungen zufolge verlassen rund 5.000 Menschen jeden Monat das Land. Nach UN-Angaben haben 47.025 Eritreer in 2015 Asyl in einem EU-Land beantragt.

Äthiopien

Hunderte seit November 2015 bei Protesten getötet

Einem von Human Rights Watch am 15.06.16 veröffentlichten Bericht zufolge haben Sicherheitskräfte bei der Niederschlagung von mehr als 500 Protesten seit November 2015 mehr als 400 Menschen getötet. Zehntausende sollen verhaftet worden sein. Ausgelöst worden seien die Proteste von Plänen der Regierung, die Stadtgrenzen der Hauptstadt Addis Abeba auszuweiten. Die um die Hauptstadt lebenden Oromo hätten daraufhin an zahlreichen Orten gegen befürchtete Vertreibungen und den Verlust ihrer Lebensgrundlage demonstriert. Im Januar 2016 habe die Regierung angekündigt, den Erweiterungsplan aufzugeben. Seit April 2016 seien die Proteste stark zurückgegangen. Wie viele Menschen sich noch in Haft befinden, sei unklar. Nur wenige Personen seien wegen konkreter Vergehen angeklagt worden, darunter Dutzende Journalisten und Mitglieder von Oppositionsparteien auf der Grundlage des Antiterrorgesetzes. Freigelassene hätten von Folter, Misshandlungen und Vergewaltigungen berichtet.

Kenia

Gericht: Medizinische Untersuchung mutmaßlicher Schwuler rechtens

Ein Gericht in Mombasa lehnte am 16.06.16 eine Petition ab, in der gefordert wurde, die zwangsweise rektale Untersuchung mutmaßlicher homosexueller Männer abzuschaffen. Die Petition geht auf zwei Männer zurück, die 2015 wegen homosexueller Handlungen festgenommen, der Prozedur unterzogen und angeklagt worden waren. Sie hatten der Untersuchung, wie sie angaben, unter Zwang zugestimmt. Ihr Gerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Homosexualität kann in Kenia mit bis zu 14 Jahren Haft bestraft werden. Bislang wurden nur wenige Anklagen bekannt.

DR Kongo

Mehrere Tote bei Kämpfen in Demobilisierungslager

Am 15.06.16 sollen in der Militärbasis Kamina (Südosten), in der über 2.000 ehemalige Mitglieder bewaffneter Gruppen (u.a. M23-Rebellen und Mai-Mai-Milizangehörige) zur Demobilisierung interniert sind, zwischen zehn und 20 Personen, darunter ein bis drei Soldaten, bei Zusammenstößen zwischen Ex-Kämpfern und Soldaten getötet worden sein. Laut Angaben von Regierungssprecher Mende hätten ehemalige Kämpfer versucht, die Basis zu verlassen, um in ihre Heimatgebiete zurückzukehren. Hieran seien sie von der Militärpolizei gehindert worden.

Republik Kongo

Am Abend des 14.06.16 verhafteten in der Hauptstadt Brazzaville Sicherheitskräfte den früheren Armeechef Jean-Marie Michel Mokoko, der bei der umstrittenen Präsidentschaftswahl am 20.03.16 mit 14 Prozent der Stimmen den dritten Platz belegt hatte. Ihm werden die Verletzung der inneren Staatssicherheit sowie der illegale Besitz von Kriegswaffen und Munition vorgeworfen. Er soll 2007 in einem Video mit einem Mann, der sich ihm als französischer Nachrichtendienstmitarbeiter vorgestellt habe, über die Entfernung des damaligen und jetzigen Staatspräsident Denis Sassou Nguesso gesprochen haben.

Niger

Boko-Haram-Angriff

Die Islamistenmiliz Boko Haram hat in Niger sieben Polizisten getötet. Die Terroristen hätten den Ort N'Gagam nahe der nigerianischen Grenze angegriffen, wie Innenminister Mohamed Bazoum am 17.06.16 mitteilte. Mitarbeiter einer örtlichen Sicherheitsfirma berichteten, dass die Angreifer mit Fahrzeugen gekommen seien und das Feuer auf die Polizisten eröffnet hätten. Wenige Stunden vor dem Angriff hatte Innenminister Bazoum mit einer Delegation den Ort besucht.

Somalia

Al-Shabaab-Kämpfer in Puntland zum Tod verurteilt

Ein Militärgericht in Garowe (Puntland) verurteilte 43 al-Shabaab-Mitglieder zum Tod. Nach Angaben des zuständigen Staatsanwalts seien nach Kämpfen mit al-Shabaab im März und April in den Regionen Nugaal und Mudug 97 Kämpfer der Extremistenorganisation festgenommen worden. Die Verurteilten sollen an Angriffen in Puntland beteiligt gewesen sein und hätten sich schuldig bekannt. Bei den anderen 54 Häftlingen soll es sich um Minderjährige handeln.

Bis zu 5.000 Kindersoldaten

Nach UNICEF-Angaben soll es in Somalia bis zu 5.000 Kindersoldaten geben. Allein 2015 seien 900 Kinder rekrutiert worden. Etwa 60 % dieser Rekrutierungen gingen auf das Konto der al-Shabab. Aber auch die somalische Armee habe mehr als 200 Kinder eingezogen. Mehr als 750 Kinder seien im Jahr 2015 bei Kämpfen getötet oder verstümmelt worden.

Nigeria

Viele Tote bei Überfall der Boko Haram auf Dörfer

Am 16.06.16 gegen 22 Uhr überfielen im nordöstlichen Bundesstaat Adamawa Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram auf Motorrädern das Dorf Kuda-Kaya (Madagali Local Government Area, LGA) in der Nähe des Sambisa-Waldes (letztes größeres Rückzugsgebiet der Gruppe in Nigeria). Hierbei töteten sie 24 Besucher einer Trauerfeier. Am frühen Morgen des 14.06.16 hatte die Terrororganisation im Bundesstaat Borno das Dorf Kautuva (Damboa LGA) überfallen, vier Bewohner getötet und drei Frauen entführt.

Kosovo

Parlament verlängert EU-Mission EULEX

Am 17.06.16 stimmten 84 der 120 Parlamentsabgeordneten für die Verlängerung der EU-Rechtsstaatsmission im Kosovo bis zum 14.06.18. Die Regierung hatte sich am 15.06.16 mit der EU darauf geeinigt. Es hatte Unstimmigkeiten über die weitreichenden unabhängigen Befugnisse der EU-Mission ge-

geben. So sollte EULEX bisher dafür Sorge tragen, dass Kriegsverbrechen, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Korruption, inter-ethnische Übergriffe, Wirtschaftskriminalität und andere schwere Verbrechen aufgeklärt und verfolgt werden. Nach den neuen Vereinbarungen soll EULEX eine eher beobachtende und beratende Rolle einnehmen. Neue Fälle soll EULEX nur noch mit Zustimmung der kosovarischen Justizbehörden verfolgen dürfen.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Mehrere Tote bei Anti-Terror-Einsatz in Dagestan

Bei einem Anti-Terror-Einsatz in der russischen Nordkaukasus-Republik Dagestan sind am 17.06.16 mindestens zehn Menschen getötet worden, darunter vier Angehörige der Sicherheitskräfte. Spezialkommandos hätten etwa zeitgleich an drei Orten im Süden Dagestans Einsätze gegen mutmaßliche Islamisten durchgeführt, meldete die Agentur Interfax unter Berufung auf Sicherheitskreise. Sondereinheiten des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB und des Innenministeriums töteten bei dem Einsatz mindestens sechs Mitglieder zweier islamistischer Gruppierungen, andere Quellen berichten von neun getöteten Extremisten. Die Nordkaukasus-Republik Dagestan bleibt der Brennpunkt für Anschläge und Kämpfe in der Nordkaukasus-Region.